

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 16

Artikel: Die Reform zwischen Erfolg und Zusammenbruch : eine Bestandesaufnahme
Autor: Schmeljow, Nikolai
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093162>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Prof. Dr. Nikolai Schmeljow

Die Reform zwischen Erfolg und Zusammenbruch

Eine Bestandesaufnahme

Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Situation kann nicht eindeutig eingeschätzt werden. Ausserdem ist es eine Art Glaubenssache. Man kann glauben, dass der wirtschaftliche Genesungsprozess im Land begonnen hat. Man kann aber auch an das Gegenteil glauben, d. h. daran, dass wir die Talsohle der Krise noch nicht erreicht haben und dass uns noch schwierigere Zeiten erwarten.

Der jetzigen Regierung Russlands ist eine äusserst schwierige Erbschaft hinterlassen worden. Die Wirtschaft des Landes war praktisch zusammengebrochen. Für den Reformstart zu einem mehr oder weniger reibungslosen Übergang zur Marktwirtschaft waren alle Termine schon verpasst. Keine «schonende» Therapie und keine Arzneien konnten mehr helfen. Eine radikale chirurgische Operation war erforderlich. Die Frage bestand eigentlich nur darin, wie diese Operation durchzuführen ist — mit oder ohne Anästhesie. Wenn mit einer Anästhesie — mit welcher? Und wenn ohne — wird der Patient diese Operation überstehen? Meiner Einschätzung nach muss das Aufhalten der dramatischen Produktionsabnahme in praktisch allen Branchen nicht zu den Prioritäten unserer Wirtschaftspolitik gehören, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, auch wenn das unbarmherzig klingen mag, braucht Russland jetzt einen solchen Produktionsrückgang. Er ist unvermeidlich und nützlich. Wenigstens in den Branchen wie Rüstungsproduktion, Maschinenbau und sogar Gewinnung einiger Rohstoffe. Ohne diesen Rückgang kann sich unsere Wirtschaft nie aus ihrem Teufelskreis lösen: Metall produzieren, um Metall zu produzieren, um immer wieder Metall zu produzieren... Wir brauchen weder so viele Maschinen, noch Mährescher, noch Traktoren, noch vieles andere. Zweitens, obwohl der Rückgang in der Produktion der meisten Konsumgüter nicht erwünscht ist, darf dessen Stopp keinesfalls als eine Aufgabe per se betrachtet werden. Man kann den früheren Produktionsumfang in diesen Branchen nur dann wieder herstellen, wenn auf monetärer Ebene alles voll funktioniert.

Was hat die Regierung erreicht?

Wie immer man die Dinge betrachtet — optimistisch oder pessimistisch — in einem besteht kein Zweifel: Die radikale Wirtschaftsreform in Russland hat begonnen. Wie und wann dieser Prozess endet und ob er überhaupt irgendwann zum Abschluss kommt, kann heute niemand sagen. Er fing aber an und zwar in den wenigen Monaten des Jahres 1992.

1. Die neue Regierung hat etwa 90 Prozent der Gross- und Einzelhandelspreise freigegeben und erreichte fast das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot in den meisten Produktionszweigen und auf dem Konsummarkt.

Warenmangel und Schlangestehen als typische Erscheinungen in unserer Wirtschaft begannen zu verschwinden mit Ausnahme einiger unter besonderen Verhältnissen stehenden Branchen (z. B. Benzin, Zucker, Wohnungsmarkt). Das Geld begann (wenn auch schlecht) zu funktionieren. In Russland entstand zum erstenmal die Motivation, Geld zu verdienen und nicht zu ergaunern oder etwas Notwendiges irgendwie aus dem Verteilungssystem zu ergattern.

Die letzte und eventuell die schwierigste Stufe der Preisliberalisierung steht noch bevor: die Freigabe der Preise für Treibstoffe, Strom, Fahr- und Flugkarten, Wohnungen, kommunale Dienstleistungen, Boden und alle Immobilien. Die Tendenz selbst ist offensichtlich und, so meine ich, unumkehrbar. Es kommt nur auf Fristen sowie darauf an, wie sachkundig und kalkuliert die Handlungen der Regierung sind; denn in unserer energievergeudenden Wirtschaft und bei unserer Armut kann diese kommende Preiserhöhung für viele Betriebe und Menschen den Tod im eigentlichen Sinne des Wortes bedeuten.

2. Die neue Regierung hat alle Geldersparnisse der Betriebe und der Bevölkerung tatsächlich mit einem Schlag vernichtet, indem sie sie durch die Preisfreigabe um das 9- bis 10fache entwertete. Im moralischen Sinne war das die brutalste Aktion

dieser Regierung. Aber in technologischer Hinsicht war das wahrscheinlich die erfolgreichste Operation der Regierung von Jegor Gaidar. Das sich in den Jahren angehäufte «leere Geld» ist eigentlich konfisziert worden. Betriebe und die Bevölkerung haben keine oder genauer gesagt fast keine Ersparnisse mehr. Mehr als eine Trillion Rubel, die sie jetzt auf ihren Konten haben, sind in Wirklichkeit nicht mehr als 100 Mia vor einem Jahr wert.

Im Sinne der Sanierung des Rubels und des gesamten Geldsystems ist das sicher ein positives Ergebnis, wenigstens im Moment. Aber jetzt haben die Leute keine ernsthaften Reserven mehr, und jede weitere Aktion, die zur Marktwirtschaft auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung führt, kann für die Reformpolitik vernichtend sein.

3. Die Regierung vermochte eine rasche und grundsätzliche Reduktion des Defizits des russischen Staatshaushalts zu erreichen. Zugleich ist es gelungen, die Funktion der Gelddruckmaschine nur auf die Bedienung der neuen Preise zu begrenzen und die Kreditexpansion der Banken bedeutend zu reduzieren.

Unter jetzigen Verhältnissen wäre jedoch ein völlig defizitloses Budget unmöglich und auch nicht erforderlich. Russland kann sich ein geringes — etwa 3-4 Prozent des Bruttosozialprodukts — Budgetdefizit erlauben, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Jahren nachhaltige Fortschritte auf bestimmten Gebieten machen. Dazu gehören die Konversion der Rüstungsbetriebe, die Anpassung der inländischen Energiepreise an die Preise des Weltmarktes, die Privatisierung des Staatseigentums, ein weiterer Abbau der Subventionen an verlustbringende Betriebe, Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in Staatsverpflichtungen (darunter Wertpapiere) sowie Vervollkommnung der gesamten Steuer- und Zinspolitik der Banken.

Ausserdem wäre es heute unrealistisch, ohne irgendein Budgetdefizit auf die Lösung von Problemen zu hoffen wie die Rettung unseres Gesundheitswesens, unserer Wissen-

schaft, Ausbildung und Kultur, die schon am Sterben sind. Das soll eine Investition in die Zukunft der Nation sein. Und es wäre natürlich, wenn dies teilweise durch die normale Zunahme der Staatsverschuldung finanziert würde.

4. Durch ihre harte Politik hat die Regierung mit der Verwandlung unserer «Unterproduktionskrise» in eine Überproduktionskrise begonnen. Bei unserer traditionellen Mentalität und der ungeheuren Monopolisierung der russischen Wirtschaft konnte es nur eine Reaktion der Produzenten auf die Möglichkeit der freien Preisbildung geben: die Preise hochzutreiben, ohne an die Folgen dieser Erhöhung zu denken. Für unsere Betriebsdirektoren war zunächst die bei solcher Politik unvermeidliche Verkaufskrise ein abstrakter Begriff, weil keiner von ihnen jemals an den Verkauf gedacht hatte.

Massive Warenanhäufung und Nichtbezahlung der Lieferungen durch die Betriebe bei gleichzeitigem beharrlichem Festhalten der Produzenten an immens hohen Preisen — all dies bedeutet, dass die zweite Überproduktionskrise beginnt (die erste war 1923). Es kann nur einen Ausweg aus dieser Krise geben: Massenbankrotte, Rückgang der Preise, Abschwächung des Monopols und schmerzhaftes Adaptieren der Monopolisten an die Realitäten des Marktes, d. h. der zahlungsfähigen Nachfrage. All dies müssen wir wie 1923 unweigerlich erleben. Unsere Monopolisten kann auch das von ihnen der Regierung entrisene Zugeständnis nicht retten, nämlich die ihnen vor kurzem versprochenen billigen Kredite im Wert von 200 Mia Rubel. Natürlich stimmt das nur unter der Bedingung, dass die Regierung auch weiterhin den gewählten Kurs einhält, die Betriebe nicht in der Regel, sondern nur ausnahmsweise zu retten, z. B. einige zur Konversion herangezogene Betriebe der Rüstungsindustrie oder solche des Agrarkomplexes.

5. Eindeutig sind auch die Schritte der Regierung bezüglich der «Öffnung» der russischen Wirtschaft und bezüglich der Gewährleistung der ausländischen Unterstützung für die Reformen.

Was ist auf diesem Gebiet am wichtigsten? Erstens ist das die begonnene Liberalisierung von Export und Import, die die Aussenhandelsaktivität unserer Betriebe fördert und die ausländische Konkurrenz auf dem Binnenmarkt immer spürbarer macht. Zweitens ist die freie Konvertierbarkeit des Rubels zu einem einheitlichen — zuerst flexiblen und dann auch fixen — Kurs vorbereitet worden. Man kann natürlich nicht mit Sicherheit sagen, dass der Übergang zur Konvertierbarkeit des Rubels von Anfang an erfolgreich sein wird, trotz der Unterstützung durch einen IWF-Kredit von 6 Mia Dollar. Die Hyperinflation bleibt im Verlauf dieses ganzen Jahres offensichtlich nicht aus, und Betriebe wie auch die Bevölkerung haben so wenig Vertrauen in den Rubel, dass für diese Aktion kein Stabilisierungsfonds reicht. Aber auch beim Scheitern der Versuche, den jetzigen Rubel konvertierbar zu machen, hat die Regierung einen zusätzlichen Ausweg: einen neuen, «guten», von Anfang an konvertierbaren russischen Rubel nur dessen inneres, sondern ein internationales Problem ist. Das gehört auch zu den wichtigsten Errungenschaften der neuen Regierung. Bedeutende humanitäre Hilfe, Zahlungsaufschübe für frühere Kredite, neue Kredite zur Deckung des Zahlungsgleichgewichtsdefizits und zur Wiederherstellung des normalen Imports, Beitritt zu internationalen Finanzinstitutionen (mit der Zeit hilft das hoffentlich, ein Problem zu erledigen wie die Rückzahlung von immensen Schulden anderer Länder an Russland) — all dies verstärkt die Währungs- und Finanzlage des Landes in bedeutendem Masse. Unter diesen Bedingungen (wenn die Reform fortgesetzt wird) entsteht eine realistische Hoffnung, dass Russland in einigen Jahren die ersten ernsthaften Direktinvestitionen aus dem Ausland erhält.

Die westliche Öffentlichkeit scheint endlich begriffen zu haben, dass ein Erfolg der Wirtschaftsreform in Russland nicht nur dessen inneres, sondern ein internationales Problem ist. Das gehört auch zu den wichtigsten Errungenschaften der neuen Regierung. Bedeutende humanitäre Hilfe, Zahlungsaufschübe für frühere Kredite, neue Kredite zur Deckung des Zahlungsgleichgewichtsdefizits und zur Wiederherstellung des normalen Imports, Beitritt zu internationalen Finanzinstitutionen (mit der Zeit hilft das hoffentlich, ein Problem zu erledigen wie die Rückzahlung von immensen Schulden anderer Länder an Russland) — all dies verstärkt die Währungs- und Finanzlage des Landes in bedeutendem Masse. Unter diesen Bedingungen (wenn die Reform fortgesetzt wird) entsteht eine realistische Hoffnung, dass Russland in einigen Jahren die ersten ernsthaften Direktinvestitionen aus dem Ausland erhält.

Was hat die Regierung nicht erreicht?

Auf manchen wichtigen Gebieten hat die Reform im Moment noch wenig Erfolg.

1. Die Regierung hat Angst vor der Hyperinflation. Aber die Hyperinflation scheint in diesem Jahr und vielleicht im nächsten Jahr unvermeidlich zu sein. Erstens wegen eines unabwendbaren neuen Aufschwungs der Gross- und Einzelhandelspreise für Energien und einige der anderen wichtigsten Waren; zweitens wegen einer kommenden mächtigen Streikwelle und eines zweifellos daraus folgenden richtigen Wettlaufs von Preisen und Arbeitslöhnen; drittens weil Monopolisten und verlustbringende Betriebe die Regierung immer stärker unter Druck setzen, um Budgetsubventionen und billige Kredite zu erhalten; viertens wegen der abenteuerlichen Politik der Zentralbanken anderer Republiken, die immer mehr Rubel in den bargeldlosen Umlauf setzen.

Es wäre meiner Meinung nach besser, wenn die Regierung, von der Realität ausgehend, deutlich und ehrlich gesagt hätte, dass wir in diesem Jahr keine Chance haben, die Hyperinflation zu vermeiden, und man sich auf Dauer an diese Situation anpassen muss — wenigstens bis ein mehr oder weniger stabiles Gleichgewicht zwischen neuen Preisen und neuen Einkommen erreicht worden ist. Wie aber die Hyperinflation in ein unangenehmes, aber wirksames Mittel der Stärkung des Staatshaushaltes und der Sanierung des Geldsystems verwandelt werden kann, ist schon die Frage der Sachkundigkeit der Regierung und ihrer Fähigkeit, trotz des gesellschaftlichen Drucks den Vorrang der Idee aufrechtzuerhalten.

2. Besondere Gründe zum Pessimismus hat man wegen der Misserfolge der Regierung in der Entwicklung einer massiven Privatisierung.

Die Regierung hat sich vom Reformanfang an entschlossen, Preise zu befreien und folglich Nationalersparnisse zu konfiszieren. Nachher haben sich leider die öffentliche Debatte und die ganze praktische Tätigkeit

der Regierung auf ein Problem konzentriert, nämlich auf die Frage, was zu tun sei mit unseren Grossbetrieben und wie sie zu privatisieren seien — gegen Bezahlung oder gratis? Übrigens ist das ein Problem vieler Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, und am Anfang wäre es genug, allen diesen Betrieben volle Produktions- und Geschäftsfreiheit einzuräumen. Wie soll ihre Aktionierung verlaufen, welche Rolle kann dabei die Gratisauszahlung von Aktien spielen, wie gross soll der staatseigene Anteil am Aktienkapital sein, und sollen sie geschlossene oder offene Gesellschaften sein — alle diese Fragen können nicht überstürzt von heute auf morgen gelöst werden. Viel wichtiger ist heute das Schicksal der Klein- und Mittelbetriebe, die Ermöglichung ihrer Übergabe in Privat- oder Kollektivbesitz. Hier wird die Sache meistens auf Deklarationen beschränkt, wirkliche Fortschritte sind minim.

3. Die Regierung konnte bisher kein mehr oder weniger zuverlässiges «soziales Sicherheitsnetz» schaffen und baut in ihrer Tätigkeit nur auf die Ermüdung der Bevölkerung durch zahlreiche soziale Erschütterungen. In den letzten Monaten ist das Lebensniveau in Russland gemäss verschiedenen Einschätzungen um 40 bis 50 Prozent gesunken. Das Tiefstmass scheint aber noch nicht erreicht zu sein. Und Ende dieses Jahres wird unvermeidlich die Massenarbeitslosigkeit beginnen. Die Regierung geht ein schreckliches Risiko ein. Sie hatte Glück, die erste Phase dieser chirurgischen Operation ohne jegliche Anästhesie durchführen zu können. Das bedeutet aber nicht, dass die Operation ohne diese Anästhesie auch beendet werden kann. Übrigens ist das noch ein Argument mehr, dass es besser ist, eine grössere und längerdauernde Hyperinflation bewusst zuzulassen, als den ganzen Prozess der radikalen Umgestaltung in Russland in Gefahr zu bringen.

4. Der bisher grösste Misserfolg und vermutlich der ernsthafteste Fehler dieser Regierung ist der praktisch völlige Stillstand des Investierungsprozesses im Land. Und die Ursache dieses Stillstandes ist nicht nur die Hyperinflation, sondern auch die Nichtbezahlung der Lieferungen

durch die Betriebe, wobei sie keine Investitionsmöglichkeiten mehr haben. Die Situation ist auch durch falsche Handlungen der Regierung verschlechtert worden: Sie hat z. B. mit einer hohen Steuer das belegt, was überall sonst nicht besteuert wird — den für Investitionen und die Produktionsmodernisierung bestimmten Teil der Profite von Betrieben. Ausserdem hat die kurzsichtige Politik der Behörden in bezug auf Deviseneinkommen der Betriebe und Personen eine Rolle gespielt — d. h. die Flucht des Kapitals aus dem Land verursacht.

Die letzte Tatsache ist am besorgniserregendsten, weil sie vermuten lässt, dass auch die neue Regierung nicht sachkundig genug ist und die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme mit den für uns traditionellen, aber sich seit langem als ineffizient erwiesenen polizeilichen Methoden löst. Welche anderen Ergebnisse könnte eine Regierung erwarten, die die Deviseneinkommen der Betriebe mit einer Steuer von 50 Prozent und die der natürlichen Personen mit etwa 60 Prozent belegt hat?

5. Die Regierung konnte auch innerhalb der ehemaligen Sowjetunion keinen einheitlichen Wirtschaftsraum schaffen; aber daran trägt sie nicht die grösste Schuld. Jetzt kann offenbar niemand den politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn überwinden, der die neuen nationalen Führer und die von ihnen in Aufruhr gebrachten Menschenmassen in den ehemaligen Sowjetrepubliken erfasst hat. Wie bedauerlich es auch sein mag, aber für die Rückkehr zum gesunden Menschenverstand braucht es Zeit und auch neue Erschütterungen, damit man in den ehemaligen Sowjetrepubliken begreift, dass die etwa 50 Mia Dollar jährlicher Subventionen zu Ende sind. Zu Ende ist auch die Erdölversorgung zum Preis von 2 Dollar pro Tonne. Jedenfalls scheint es mir nicht lohnend, mit der Rückkehr zum Realismus zu rechnen, bevor die Republiken die Emission eigener unkonvertierbarer Nationalwährungen noch als ein Rettungsmittel ansehen.

Um der Gerechtigkeit willen sei zu erwähnen, dass es schon erste Anzei-

chen der Ernüchterung gibt: Es geht vor allem um das in den Republiken offenbar wachsende Interesse für die «Rubelzone» sowie um ihre sichtbar gewordene Bewegung in Richtung Bankunion oder jedenfalls einer Zahlungsunion auf Rubelbasis.

Hauptsächliche Gefahren und Hindernisse auf dem Weg der Wirtschaftsreform

Der neuen Regierung ist es offensichtlich gelungen, die erste und vielleicht grösste Gefahr zu überleben — eine von vielen erwartete soziale Protestwelle gegen die Freigabe der Preise und die Einziehung von Ersparnissen der Bevölkerung. Meiner Meinung nach haben dazu zwei Umstände beigetragen, nämlich auf psychologischer Ebene die grosse Müdigkeit der Menschen durch die verschiedenen sozialen Erschütterungen und wirtschaftlich die innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre in Kühl- und Kellern angehäuften Lebensmittelvorräte.

Man sollte sich aber keine Illusionen machen: Diese beiden Hemmfaktoren haben ihre Schranken. Ausserdem fürchte ich, dass diese brutale Konfiskation ihre destruktiven Früchte langfristig noch bringen wird. Unter den Gefahren und Hindernissen, mit denen die Regierung zu tun hat oder noch in diesem Jahr zu tun haben wird, sind die folgenden am ernsthaftesten:

1. Sozialproteste und Streiks gegen die Spanne zwischen Preis- und Lohnerhöhung werden zunehmen. Vorräte der Bevölkerung gehen zu Ende, der Lohnzuwachs wird absichtlich gehemmt, Nebenverdienstmöglichkeiten sind vorläufig minim, und die Armut der Menschen wird so unerträglich, dass jeden Augenblick, möglicherweise noch in diesem Sommer, Unruhen ausbrechen können.

2. Eine noch grössere Gefahr scheint uns im Herbst zu erwarten, wenn, nach allem zu schliessen, die ersten Zusammenbrüche von Industriebetrieben und die Massenarbeitslosigkeit beginnen. Einigen Schätzungen nach erreicht die Zahl der angemel-

deten Arbeitssuchenden 6,3 Millionen. Davon werden etwa 3,8 Millionen weder selbständig noch durch die Arbeitsvermittlung eine Stelle finden. Nach westlichen Massstäben ist das nicht viel. Aber für uns mit unseren Traditionen der (wenn auch künstlichen) Vollbeschäftigung wäre das ein Schock. Dieses Problem könnte deshalb zu einer Gefahr für die Stabilität des Staates und der Gesellschaft sowie für den weiteren Fortschritt der Reformpolitik werden.

3. Der Zerfall des einheitlichen Wirtschaftsraums innerhalb der ehemaligen Sowjetunion setzt sich fort, die traditionellen Bande werden zerrissen, wirtschaftliche Folgen des jetzigen hirnlosen Nationalismus werden immer spürbarer. Wenn man sich nicht völlig auf das natürliche Geschehen verlässt, d. h. auf die Ernüchterung der neuen politischen Mächte und Führer durch die Auswirkung der objektiven wirtschaftlichen Umstände und Interessen, so, glaube ich, gibt es heute nur zwei ernsthafte Mittel, dem zunehmenden Zerfall des Landes zu widerstehen. In bezug auf Russland selbst ist das die Ausarbeitung einer für alle annehmbaren und strikt eingehaltenen deutlichen Verteilung der Steuereinkünfte zwischen Moskau und den Provinzen zugunsten der letzteren. Bezüglich der Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken ist es die absolute Einstellung aller Preisvergünstigungen und anderer Subventionen und, schliesslich, die Ausgabe eines neuen, durch ausländi-

sche Kredite gesicherten russischen Rubels. Ich glaube, dass nur die striktest bedingte Ausgabe des neuen Rubels «räuberische Anschläge» der Regierungen und Banken anderer Republiken abwehren kann und sie dazu zwingt, entweder eigene Währungen auszugeben, oder sich der einheitlichen Finanzdisziplin zu unterwerfen.

Was die eigentliche Politik zur Erhaltung des einheitlichen Wirtschaftsraums betrifft, muss man meiner Meinung nach hier keine prinzipiellen Zugeständnisse machen. Entweder haben wir gar nichts, oder einen richtigen EWR, wo die Währung, das Bankensystem und die Produktionsinfrastruktur gemeinsam sind und es natürlich auch einen gemeinsamen Haushalt gibt, der idealerweise durch eine konföderative Steuer gebildet wird.

4. Zu einem der grössten Hindernisse für die Marktformen werden, besonders in der Provinz: der Widerstand der bei uns tief verwurzelten egoistischen Interessen der alten Nomenklatura; das alte, korruptierte Verteilsystem im Handel und in der Dienstleistungsbranche; und die Millionen von Kleinbürokraten in Städten und auf dem Lande, für die der Markt und die freie Unternehmerschaft den völligen Zusammenbruch bedeuten. Das sind die Schichten unserer Gesellschaft, die (in holder Eintracht mit der überraschenden Habsucht der neuen, schon «demokratischen» Bürokratie) den Fortschritt in einem Schlüsselgebiet wie

der Privatisierung bremsen. Ich weiss, ehrlich gesagt, auch nicht, ob es rein wirtschaftliche Mittel gegen diesen Widerstand gibt, der die Ausplünderung des Landes bedeutet.

Kurz über die Zukunft

Man kann kaum darauf hoffen, dass die Stabilisierung der Wirtschaft und das Ende der jetzigen Talfahrt sogar in der Konsumgüterproduktion früher als Mitte des nächsten Jahres erzielt werden können. Bevor wir nicht zu neuen, weltmarktnahen freien Preisen und freien Löhnen kommen, wird das Geld in diesem Land nicht funktionieren, und es wird auch keine Wende der heutigen Krisentendenzen geben. Aber auch die Sanierung des Geldes und die Einstellung des Produktionsrückgangs werden lediglich den Abschluss der ersten, wenn auch vielleicht der schmerzhaftesten Reformstufe bedeuten.

Drei Generationen bauten in unserem Land ein Irrenhaus, und es ist zweifelhaft, ob wir weniger Zeit brauchen, um dieses Irrenhaus endgültig zu verlassen.

Wird es uns irgendwann gelingen, diese präzedenzlos schwierigen Probleme zu lösen? Heute kann das natürlich niemand garantieren. Letzten Endes ist das auch die Sache des Glaubens oder — im Gegenteil — des Nichtglaubens an die Lebensfähigkeit unseres Volkes und unseres Landes. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's